

Schwierige Gratwanderung

Im März beendete in El Salvador der Wahlsieg der linken FMLN eine 20 Jahre ununterbrochene Regierungsverantwortung der extrem rechten ARENA-Partei. Damit sieht sich die einstige Guerillabewegung vor der Möglichkeit, ihre Vorstellungen linker Politik umzusetzen. Freilich in Maßen. Denn die rechte Opposition verfügt immer noch über eine Mehrheit im Parlament.

TEXT: ANGELA REYES

Zu den wichtigsten Vorhaben der seit Juni amtierenden Regierung unter dem ehemaligen Fernsehjournalisten Mauricio Funes gehören neben sozialen Reformen der Kampf gegen Korruption, Drogenhandel und Bandenkriminalität sowie Sofortmaßnahmen gegen Verschwendung und Vetternwirtschaft im Staatsapparat. Als erstes aber musste sie sich der Tatsache stellen, eine Regierung der leeren Kassen anzutreten: Der salvadorianische Staat ist schwer verschuldet. Unter anderem ist der Haushalt mit 123 Millionen US-Dollar Schulden bei Dienstleistern und ausstehenden Zuschüssen für die nationalen Energieversorger belastet.

Mittlerweile hat die Regierung erste soziale Maßnahmen eingeleitet. Hierzu gehören die Aufstockung des Bildungsetats oder der Beschluss, mehr als 1.300.000 GrundschülerInnen

mit kostenlosen Schuluniformen auszustatten. Für Letzteres hat das Erziehungsministerium eine Ausschreibung für die einheimische Bekleidungsproduktion herausgegeben. Ziel ist zum einen, bedürftige Familien mit der Übernahme der Kosten für Schulkleidung zu entlasten, und zum anderen, das Handwerk zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Regierung zielt auf eine Wirtschaftsförderung anhand konkreter öffentlicher Projekte, in die ortsansässige Kleinunternehmen einbezogen werden sollen. Die Ernennung neuer Provinzgouverneure steht in diesem Zusammenhang. Unter diesen ist vor allem ein altgedienter Praktiker der Befreiungstheologie, der katholische Pfarrer Miguel Ventura, international ein Begriff.

Eine weitere wichtige Maßnahme – und eine der wichtigsten Herausforderungen für die neue Regierung – ist

die Umstrukturierung auf der Führungsebene der Policia Nacional Civil. Sie soll dazu beitragen, die interne Korruption in der Polizeibehörde, vor allem die Verwicklung hoher Offiziere in den Drogenhandel und das Entführungsgeschäft zu beenden.

„Plan Global Anticrisis“

Unklar ist, wie es mit dem im Juni von Präsident Funes verkündeten „Plan Global Anticrisis“ weitergeht. Dessen Kernpunkte sind eine rigorose Sparpolitik, ein Wohnungsbauprogramm, in dessen Rahmen 25.000 Wohnungen entstehen sollen, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Aufbau eines allgemeinen Sozialversicherungssystems. Zur Finanzierung des „Plan Global Anticrisis“ soll unter anderem ein Kredit von 250 Millionen US-Dollar zum Einsatz kommen,



Steht einer Regierung der leeren Kassen vor: Präsident Mauricio Funes (li.)

starke Verankerung in der Bevölkerung, und das nicht nur in der Unterschicht. Ein großer Teil der FMLN-Wähler stammt aus den städtischen Mittelschichten. Deren Anliegen waren vor allem die Stärkung der Rechtssicherheit und eine längst ausstehende Modernisierung

den die Weltbank in Aussicht gestellt hatte. Dazu braucht es jedoch die Zustimmung des Parlaments, und die Rechte macht bisher keine Anstalten, grünes Licht zu geben.

Problemfall Parlament

Das größte Problem der Regierung sind die Mehrheitsverhältnisse im Parlament: Die linksgerichtete Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) stellt zwar mit 35

von insgesamt 84 Abgeordneten die stärkste Fraktion – ein weiterer Abgeordneter gehört einer anderen linksgerichteten Partei an –, hingegen haben ARENA mit 32, die ehemalige Staatspartei PCN mit zehn sowie die christdemokratische PDC mit fünf Abgeordneten eine klare Mehrheit und damit die Möglichkeit, Gesetzesvorhaben der FMLN abzuschmettern.

Die FMLN verfügt über eine

der Sozialsysteme. In diesem Bereich dürfte die FMLN einige Erfolge verbuchen können.

Schwieriger gestaltet es sich bei strukturellen Problemen wie der Armut und der katastrophalen Gesundheitsversorgung. Hier haben vor allem die organisierten FMLN-AnhängerInnen hohe Erwartungen – und radikalere, als die Regierung unter ihrem gemäßigten Präsidenten im ersten Moment umsetzen kann.



Des weiteren sind Konflikte programmiert und auch schon ausgebrochen, wo die Politik der Regierung reale Interessen von Bevölkerungsteilen beeinträchtigt. Was die umstrittenen Bergbau-Projekte im Norden El Salvadors betrifft, hat die FMLN in der Asamblea Legislativa, dem Parlament, inzwischen eine Gesetzesinitiative vorgelegt, um den Bergbau zur Eisen- und Metallerzgewinnung gesetzlich zu verbieten. Doch auch hier ist angesichts des massiven Drucks internationaler Konzerne das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen. Ein weiterer Fall ist der geplante Bau großer Wasserkraftwerke. Von entscheidender Bedeu-

tung für die Glaubwürdigkeit der Regierung wird sein, wie sie konkret mit den Anliegen der von den ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen betroffenen Kleinbauern und AnwohnerInnen umgehen wird.

Gratwanderung

Die FMLN befindet sich auf einer Gratwanderung zwischen dem politisch Möglichen und den Hoffnungen derjenigen, die sie gewählt haben. Für die Zukunft wichtig ist die Umsetzung von Maßnahmen, die die Regierung unabhängig von der Billigung des Parlaments durchführen kann. Dabei ist vor allem der gemeinsame Kampf

von Regierung und sozialer Bewegung gegen die massive Steuerhinterziehung durch die private Wirtschaft hervorzuheben. Einnahmen von bis zu 60 Prozent des Staatshaushaltes gehen hierdurch verloren. Weitere Maßnahmen wären unter anderem eine Preisbindung für Grundnahrungsmittel, Lohnerhöhungen, die Legalisierung längst ausstehender Landtitel für Kleinbauern und Kooperativen und höhere Ausgaben für den Umweltschutz. ■

Angela Reyes ist Journalistin und seit den 1980er Jahren in der El-Salvador-Solidaritätsbewegung tätig. Sie hat in El Salvador und Mexiko gelebt.

DIE CHANCE NUTZEN!

Politische Teilhabe fördern

Auf der Regierung Funes ruhen die Hoffnungen vor allem der ärmeren Bevölkerungsgruppen El Salvadors. Der Handlungsspielraum der Regierung ist jedoch eingeschränkt. Um den über Jahrhunderte Benachteiligten eine wirkliche Chance auf einen Wechsel zu verschaffen, müssen sie selbst zum Akteur werden und eine Stimme bekommen. Sie müssen ihre Bedürfnisse definieren und artikulieren. Dies nimmt die Regierung in die Pflicht – öffnet ihr aber auch den Spielraum, den der Wechsel benötigt. Nur so sind strukturelle Veränderungen möglich.

Die CIR unterstützt PartnerInnen in El Salvador bei Programmen, die die politische Emanzipation fördern und die Teilhabe einfordern. Hierfür benötigen wir Ihre Unterstützung.

STICHWORT »POLITISCHE TEILHABE«

Helfen Sie mit Ihrer Spende!

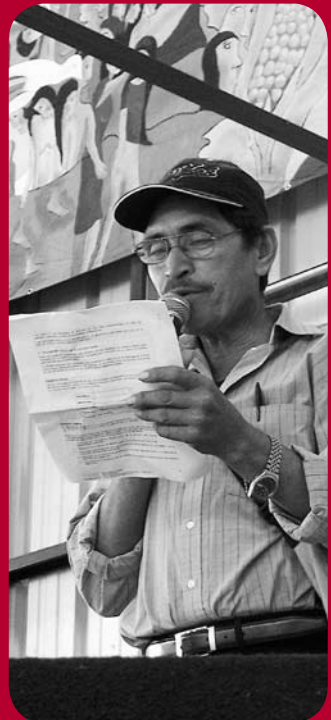


FOTO: MAIK PFLAUM, CIR-ARCHIV